

# ALLES RASSISTEN AUßER MUTTI

## ANTIDISKRIMINIERUNG IM DIENST SPÄTBÜRGERLICHER IDEOLOGIE

Jörg Huber

Frühjahr 2016

Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, fuhr am 25.01 in der *Taz* schweres Geschütz auf, als sie in einem Interview vor »Sippenhaftung« für Flüchtlinge beim Einlass in Clubs und Diskotheken warnte. Sippenhaftung war in Deutschland während des Nationalsozialismus gebräuchlich. »Gegen solche Pauschalisierungen will das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gerade schützen«, behauptete Lüders dreist. Es ist offenkundig Unsinn, dass ein 2006 verabschiedetes Gesetz vor einem spezifisch nationalsozialistischen Rechtsmittel schützen soll, das selbstverständlich keinen Eingang ins Grundgesetz finden konnte. Doch mit dem Nazivergleich setzt Lüders auf den moralischen Effekt, der dabei helfen soll, das postmodern-spätbürgerliche Ideal allgemeiner Gleichheit durchzuboxen.

Das AGG stellt ein besonderes juristisches Mittel bereit, hebt Lüders weiter hervor: »Wenn jemand Indizien benennen kann, dass er wegen seiner ethnischen Herkunft nicht eingelassen wurde, dann ordnet das AGG eine Beweislastumkehr an. Nun muss der Betreiber beweisen, dass es einen anderen Grund für den verweigerten Einlass gab, sonst wird er verurteilt«. Die »ethnische Herkunft« ist ein fast beliebiges Bündel von Diskriminierungsgründen, da die Ethnologie keine Menschen mit nichtethnischer Herkunft mehr kennt. Im Sinne von Wilhelm Heitmeyers »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« will das Gesetz jede Einschätzung einer Person als diskriminierend verurteilen, die deren Zugehörigkeit zu einer allgemein verstandenen Gruppe negativ interpretiert.<sup>1</sup> Wenn ein Clubbetreiber in den Verdacht gerät, seine Gäste auf diese Art einzuschätzen, muss er diesen selbst widerlegen, indem er beweist, dass Gäste bei ihm nur aufgrund solcher Eigenschaften nicht hereingelassen werden, die als individuell gelten.

Den formalen Hintergrund für Lüders Erwägungen bildet der Widerspruch zwischen öffentlicher Gleichberechtigung und privater Freiheit. Jeder Clubbetreiber hat das Hausrecht, Leute abzuweisen, die seiner Meinung nach nicht in seinen Laden passen. Die Türsteher handhaben die Kriterien der privaten Exklusivität üblicherweise diskret und wimmeln unerwünschte Gäste mit einigermaßen höflichen Argumenten ab. Der Abgewiesene soll seinen Ausschluss nicht persönlich nehmen, vielleicht möchte man ihn ein andermal gerne willkommen

men heißen. Durch die Türpolitik potentielle Gäste zu demütigen, ist dagegen unprofessionell und zieht bald einen schlechten Ruf nach sich. Wenn Nachtgastronomen das aber unbedingt möchten, dann können sie Gäste nach stereotypen Kriterien aussortieren. Jeder Gastronom kann wie Lüders aus der Geschichte lernen, welche Kriterien irgendwie nach Nazi klingen und sie dann vermeiden. Lüders suggeriert dennoch, dass vordergründig plausible Argumente wie »der Club ist voll« als Vorwände leicht zu durchschauen seien: »Dann genügt ein Test. Wenn hellhäutige Personen in den angeblich vollen Club eingelassen werden, dunkelhäutige aber nicht, dann ist das ein klares Indiz für eine Diskriminierung«. Lüders überschätzt wie so viele die Erkenntnismöglichkeiten der spontanen Datenerhebung enorm. Es reicht der bewusst kalkulierte Einlass eines einzigen Menschen mit dunklerer Haut, um das genannte Indiz schon theoretisch um seine Klarheit zu bringen. Die zudem meistens unübersichtliche und dynamische Situation beim Einlass wird auch so nicht zu einem eindeutigen Fall für die Antidiskriminierung.

Und genau deswegen kann laut AGG schon der Verdacht für die Beweislastumkehr ausreichen, wodurch der für die administrative Gleichstellung offenbar prinzipiell dubiose Spielraum beim Einlass zu einem Problem der Clubs gemacht wird. Lüders nennt gnädig ein paar Positiv-Beispiele, die die noch verbliebene Entscheidungsfreiheit der Clubs verdeutlichen sollen: »Wer sich aggressiv verhält, wer betrunken ist, wer nicht angemessen gekleidet ist, kann abgewiesen werden«. Wie aber soll ein Club gerichtsfest belegen, dass die Urteile seiner Türsteher nur auf solchen Einschätzungen beruhen? Das könnte er nur mit einer umfassenden Dokumentation aller Einlasskontrollen, so dass sich Habitus, Alkoholisierungsgrad und Kleidung der abgewiesenen Gäste genau nachvollziehen und mit dem der üblichen Gäste vergleichen ließen. Wenn sich Prozesse mit Beweislastumkehr aufgrund des AGG häufen sollten, würde ein solcher Aufwand kleinere Clubs ruinieren. Und wer will überhaupt noch in einen Club, der jedes Mal genau dokumentiert, in welchem Zustand er seine Gäste empfängt?

Nützen würde das gerade neu angekommenen Flüchtlingen wohl ohnehin wenig. Da sie häufig relativ arm sind, können sie leicht wegen »nicht angemessener Kleidung« ausgeschlossen werden. Ob der eigentliche Grund dafür der Wunsch nach einem gewissen Stil oder eventuell doch bloß nach größerer Kaufkraft ist, was das AGG beides als Motivation billigt, oder dann doch Rassismus, lässt sich auch durch eine volle Dokumentation nicht beweisen oder widerlegen. Die Unterscheidung von verbotenen allgemeinen und erlaubten individuellen Kriterien

<sup>1</sup>Der Gesetzestext benennt als Merkmale noch Rasse, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Identität. Am Begriff der Rasse wird deutlich, dass deren tatsächlicher Inhalt gar keine Rolle spielt. Und nach dem Vorbild der Rasse soll auch jede andere allgemeine Kategorisierung, die im postmodernen Jargon als essentialisierend gilt, in den Ruch des Ressentiments geraten.

ist selbst willkürlich und spricht Gastronomen vor allem ihre Urteilsfähigkeit ab. (Alle Zitate aus *Taz*, 25.01.2016)

Das Gesetz untergräbt letztlich die Rechtssicherheit mehr, als dass es sie schützt, indem es das Prinzip der Unschuldsvermutung durch Indizien auszuhebeln erlaubt. Die formale Gleichberechtigung, die von Beginn an wesentliches Moment der bürgerlichen Ordnung war, steht gar nicht im Fokus. Stattdessen soll im öffentlichen Bewusstsein der postmoderne Imperativ einer allen Menschen von Geburt an wesentlichen sozialen Gleichheit verankert werden.

## RASSISMUS IM MULTIKULTI-STÄDELE?

Da in Deutschland nur noch selten offen diskriminiert wird, musste nach den Ereignissen in der Silvesternacht ein plakativer Skandal an den Haaren herbeigezogen werden, an dem sich die Debatte über die Diskriminierung von Flüchtlingen entzünden konnte. Alles begann mit einer internen Email des linksalternativen Freiburger Clubs White Rabbit, die ursprünglich ausschließlich an Veranstalter und Freunde adressiert war. Darin bat der Club Ende Januar um ein Treffen und eine Diskussion über seine akuten Probleme mit Flüchtlingen. Er berichtete über schwere sexuelle Übergriffe auf weibliche Gäste, Gewalt gegen das Personal und zunehmende Diebstähle. Die Situation war so außer Kontrolle geraten, dass Stammgäste ankündigten, den Club zukünftig zu meiden. Und der hatte deshalb schon eine folgenschwere vorläufige Entscheidung getroffen: »Wir haben am Montag beschlossen, dass wir vorerst keine Menschen mehr in das White Rabbit reinlassen werden, die nur eine Aufenthaltsgestattung besitzen«. Im weiteren Verlauf der Email stellte er aber unmissverständlich klar, dass dieser pauschale Ausschluss nur als kurzfristige Notlösung gedacht und dauerhaft ein Clubausweis geplant war, den gerade auch Flüchtlinge erwerben können. »Davor werden wir sie über unsere Grundsätze aufklären«, schrieb das White Rabbit, und in einer nachgereichten Erklärung wird deutlich, dass es dem Club trotz des Argers gerade um deren Integration zu tun war.

Auch als kurzfristige Notlösung war der Ausschluss aller Leute mit Aufenthaltsgestattung keine gute Idee. Es gab zum Beispiel überhaupt keinen Grund dafür, weibliche Flüchtlinge auszuschließen. Das hätte man in der anberaumten Diskussion einwerfen können, doch bei der Gruppe Kunst, Spektakel & Revolution waren sofort alle Sicherungen durchgebrannt. Sie veröffentlichte das interne Schreiben umgehend bei Facebook und drohte dem White Rabbit ganz linksrustikal mit »Abriss«<sup>2</sup>. Kurz darauf bekam die *Badische Zeitung* Wind von der Email und veröffentlichte einen Artikel zur insgesamt zunehmend restriktiven Türpolitik gegen Flüchtlinge in Freiburg. Obwohl sie nach ihrer Recherche in ganz Freiburg als Beleg nur den vorläufigen Beschluss des White Rabbit zitieren konnte, lautete die reißerische Überschrift: *Kein Zutritt mehr für Flüchtlinge in Freiburgs Clubs und Diskotheken*. So kam das Thema im Nu bis in die europaweite Berichterstattung. Eine Woche später musste Freiburgs Oberbürgermeister in Anne Wills Talkrunde Rede und Antwort stehen.

Für das White Rabbit war der antirassistische Shitstorm kaum nachzuvollziehen, da in dem Club Migranten bekanntermaßen besonders willkommen waren und sind. Ein guter Teil

der Betreiber und Angestellten hat selbst eine Migrationsgeschichte und die vergleichsweise vielen schwarzafrikanischen Gäste, die erst in jüngerer Zeit nach Freiburg kamen und dennoch zum Stammpublikum gehören, zeigen das ebenfalls deutlich. Das White Rabbit stellt seine Räumlichkeiten immer wieder gerne für Veranstaltungen zu Verfügung, in denen zur Solidarität mit Flüchtlingen aufgerufen und über die Situation in ihren Heimatländern gesprochen wird. Gerade die Gruppen, die ihn wie KS&R als Veranstaltungsort nutzen, wissen das. Den unglücklichen Beschluss für den Ausdruck einer rassistischen Einstellung zu halten, wie dem Club wochenlang vorgeworfen wurde, ging komplett an der Realität vorbei. Es gab keinen vernünftigen Grund, die Erklärung des Clubs, dass ihm Gewalt und sexuelle Übergriffe durch neu angekommene Flüchtlinge über den Kopf gewachsen waren und er daher eine überstürzte Entscheidung gefällt hatte, die nicht von Dauer sein sollte, in Frage zu stellen.

Aber die Nachricht über ernste Probleme, für die eindeutig Flüchtlinge verantwortlich waren, traf den antirassistischen Nerv. Denn wenn ein linksalternativer Club solche Erfahrungen macht, gerät das antirassistische Narrativ in Gefahr. Das lautet schlicht, dass Migranten prinzipiell niemals frauenverachtender oder krimineller sein können als Einheimische. Stattdessen seien Sexismus und Kriminalität irgendwie überhistorische anthropologische Konstanten, die bei allen Ethnien gleich häufig vorkommen.

Die Debatte über den nicht nur sozialen Sprengstoff, den der aktuelle Zuzug von Migranten aus islamisch geprägten Gesellschaften bedeutet, oszilliert daher zwischen zwei ähnlich idiotischen Polen. Aufgrund tatsächlicher, aber auch wegen eingebildeter sexueller Gewalt und Kriminalität, schließen Fremdenfeinde in gewohnt dummer Verallgemeinerung, dass alle Flüchtlinge bloß kommen, um Alteingesessene zu beklaulen und Frauen zu vergewaltigen. Die richtige Einsicht, dass diese Projektionen stereotypem Denken entspringen, verbiegt der Antirassismus dann zur Behauptung der sozialen Gleichheit aller Menschen, und nutzt jeden übertriebenen oder erfundenen Bericht über migrantische Täter als Beleg dafür, dass die ganze Diskussion über die Gefahren der aktuellen Einwanderungswelle allein auf rechter Paranoia beruht. Diesen Schmus durchschauen dann wiederum sogar Leute von der AfD und landen mit extrem simpel gestrickten Bemerkungen à la »Aber hat alles nix mit nix zu tun« Treffer, die Antirassisten entrüsten aufaulen lassen. Doch dass Anschläge von »Allahu Akbar« brüllenden Terroristen, zu denen sich djihadistische Mörderbanden stolz bekennen, nichts mit dem Islam zu tun hätten und Misogynie nichts mit einer streng patriarchalen Erziehung, kann wirklich bloß glauben, wer beim Studium poststrukturalistischer Meisterdenker gelernt hat, Kausalität an sich für eine westliche Verschwörung zu halten.

## UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE

In Freiburg häuften sich schon 2014 Rassismussvorwürfe, als nächtliche Überfälle um den Freiburger Hauptbahnhof herum zunahmen und ein Personenkreis von dreißig jungen Flüchtlingen, die ohne elterliche Begleitung nach Deutschland gekommen waren, in Verdacht geriet. Die Polizei ging davon aus, dass diese Verdächtigen »zumeist aus Marokko, Algerien oder Tunesien stammen«, da ihr die Gruppe bereits durch Diebstähle

<sup>2</sup> KS&R hat sein Facebookposting dann bald sang- und klanglos gelöscht.

in Discos, Kneipen und der Fußgängerzone bekannt war (BZ, 18.04.2014), deren Zahl zuvor ebenfalls zugenommen hatten. Sie hängt die erhöhte Kleinkriminalität in der Freiburger Innenstadt bis dahin nicht an die große Glocke, doch als sich einige wenige, aber teilweise brutale Raubüberfälle in kurzer Zeit häuften, richtete sie eine eigene Ermittlungsgruppe ein und verstärkte Streifen und Personenkontrollen, um für mehr Sicherheit zu sorgen. (BZ, 09.05.2014)

Die *Badische Zeitung* handelte sich umgehend Rassismusschwärfe ein, weil sie in ihren Berichten die vorwiegend maghrebinische Herkunft der Verdächtigen erwähnte. Ein Bündnis gegen rassistische Zustände mobilisierte zu einer Kundgebung vor der Redaktion, um gegen die »Berichterstattung der BZ« und die »daraus resultierende rassistische Stimmung in Freiburg«<sup>3</sup> zu demonstrieren. Einige rechte Wutbürger und Neidbeißer hatten die Berichte über kriminelle Flüchtlinge in Kommentarspalten und sozialen Netzwerken aufgegriffen und ein paar Türsteher, mit denen sich die Flüchtlinge gewalttätige Auseinandersetzungen geliefert hatten, wollten eine Bürgerwehr formieren. Sie sorgten damit für Gesprächsstoff, kamen aber letztlich über den Status einer Facebookgruppe nicht hinaus. Die Polizei hatte, wie immer in solchen Fällen, selbstverständlich kein Interesse daran, das Gewaltmonopol aus der Hand zu geben.

Der antirassistische Großalarm war unbegründet und man versuchte auch nicht einmal mehr, der BZ die Verwendung rassistischer Argumentationsmuster nachzuweisen. Dass Migranten öffentlich in Verdacht geraten waren und rechte Schwätzer sich darauf bezogen, sollte einfach reichen<sup>4</sup>.

Am Ende wurde ein Täter, den die Polizei für einen Rädelführer hielt, zu einer sechsmonatigen Jugendstrafe verurteilt, andere standen ebenfalls vor Gericht. Die Strafverfolgung und die verstärkte polizeiliche Präsenz zeigten offenbar Wirkung und die Lage in der Innenstadt normalisierte sich erst einmal wieder.

Im Laufe der Ermittlungen war deutlich geworden, dass kaum Überfälle, aber viele Diebstähle auf das Konto der jungen Flüchtlinge gingen. Der im Falle der Raubüberfälle teilweise entkräftete Verdacht galt wiederum als Beleg für Rassismus. Und wegen ihrer verstärkten Kontrolle junger Araber wurde der Vorwurf an die Polizei laut, sie würde »racial profiling« betreiben. Als *racial profiling* kann sinnvollerweise aber nur die Praxis gelten, eine durch äußerliche körperliche Merkmale erkennbare Gruppe von Menschen ohne Verdachtsgründe besonders häufig zu kontrollieren. Genau das hat die Freiburger Polizei nicht getan, da ihr die jungen Araber aufgrund der Ermittlungen

<sup>3</sup>Im Nachhinein fällt besonders auf, dass der Rassismusschwärfe an die BZ vergessen war, als die Zeitung selbst aus antirassistischer Perspektive über die Freiburger Clubszene berichtete. Dadurch galt das Blatt dann wieder sofort als objektive Quelle

<sup>4</sup>Dabei schrieb die BZ relativ umfassend und immer wieder auch emphatisch über die Lage von Flüchtlingen. Da für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eine gesetzliche Fürsorgepflicht besteht, wurden verbesserte Angebote für die teilweise durch die Flucht traumatisierten und häufig drogensüchtigen Jugendlichen diskutiert, um ihr Abrutschen in die Kriminalität zu verhindern oder sie zu resozialisieren. In der BZ wurde man auch über ein entscheidendes Problem bei der Betreuung junger Flüchtlinge informiert. Sobald sie die Volljährigkeit erreichen, kann ihre Unterstützung nur noch auf Antrag verlängert werden und mit 21 fallen sie aus den meisten Angeboten heraus. Dass formale Altergrenzen, die sich an der individuellen Entwicklung innerhalb der hiesigen Gesellschaft gebildet haben, in ihrem Fall nicht unbedingt ein gutes Maß für die Fähigkeit sind, Verantwortung innerhalb dieser Gesellschaft zu übernehmen, liegt auf der Hand.

gen zu Diebstählen schon bekannt waren; der Anfangsverdacht war also klar gegeben. Doch die Antidiskriminierung möchte systematisch alle Schlussfolgerungen verunmöglichen, die vom Gleichheitsideal abweichen. Wenn die Polizei einen besonderen Verdacht gegen Migranten hegt, dann soll das rassistisch sein, und wenn sich der Verdacht der Polizei dann zum Teil bestätigt, dann soll dafür auch wieder ihr Rassismus verantwortlich sein. Die spekulative Unsicherheit, die bei polizeilichen Ermittlungen nicht wegzudenken ist, wird einfach automatisch zu Ungunsten der Polizei ausgelegt. (zustaende.blogspot.eu)

Der Freiburger Kriminologe Prof. Roland Hefendehl vertrat in der Freiburger Debatte über die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge die Theorie, die den antirassistischen Generalverdacht wissenschaftlich untermauern möchte: »Wir finden Delinquenz dort, wo wir hinschauen«. Die erhöhte Kriminalität bei jugendlichen Flüchtlingen sei Ausdruck einer allgemein erhöhten Kriminalität bei allen Jugendlichen, erklärte er dem Radio Dreyeckland in einem Interview. Das sei normal und ebbe mit der Zeit von alleine wieder ab. Wegen der »normalen Kriminalität« würde die Fokussierung auf eine besondere Tätergruppe immer etwas zu Tage fördern und so ein besonderes Problem erst durch besondere Aufmerksamkeit »konstruieren«<sup>5</sup> (RDL, 02.05.2014). Die Prämisse einer von allen sozialen Einflüssen unabhängigen normalen Kriminalität ist Ideologie reinsten Wassers. Es stimmt zwar, dass aus der bürgerlichen Gleichberechtigung und der polizeilich überwachten öffentlichen Ordnung auch eine gewisse Berechenbarkeit der Kriminalität folgt. Aber sie ist ein historisches Resultat dieser Gesellschaft. Diese Berechenbarkeit nun als »normal« zu bezeichnen, verbiegt dieses Resultat zu einer allgemeinmenschlichen Eigenschaft, auf die die Verfassung der Gesellschaft gar keinen Einfluss hätte. Nach dem gleichen Schema wird in der Flüchtlingsdebatte auch der Sexismus zu einem allen Männern innewohnenden Drang reduziert, der von der gesellschaftlichen Stellung der Frauen angeblich unabhängig sei und deswegen immer nur allgemein kritisiert werden dürfe.

#### »GEGEN INTOLERANZ UND ISLAMFEINDLICHKEIT«

Aus dieser fantastischen Vorstellung einer angeborenen sozialen Gleichheit folgt methodisch konsequent dann auch die Forderung nach einer umstandslosen Aufhebung aller nationalstaatlichen Grenzen. Wenn jeder Mensch sich schon ab ovo zum europäischen Bürger eignet, braucht kein Staat mehr Gleichberechtigung und andere Errungenschaften durch sein Gewaltmonopol zu garantieren. Und die Frage, wie etwa islamisch und streng patriarchal geprägte Migranten sich in eine immer noch westlich orientierte Industrienation integrieren können, stellt sich dann gar nicht erst. Selbst das entscheidende Problem des Universalismus, dass er die Idee des Weltbürgertums zwar formulieren, aber im Rahmen nationalstaatlicher Gewalt gerade nicht allgemein verwirklichen kann, verschwindet in der allgemeinen Gleichheit. Die Postmoderne bekämpft den universalistischen Anspruch westlicher Provenienz gerade deshalb so unerbittlich, weil dessen realer immanenter Widerspruch den Pseudouniversalismus ihrer quasi natürlichen

<sup>5</sup>Auf die gleiche Weise betrachtet Hefendehl jede polizeiliche Kriminalstatistik als reines Resultat polizeilicher Aktivität, die in keiner Weise dazu geeignet sei, tatsächliche Kriminalitätsraten zu ermitteln. Es ist ein Rätsel, wie man mit einem solchen Skeptizismus gegenüber allen Ermittlungen überhaupt als Kriminologe tätig werden kann.

sozialen Gleichheit ständig Lügen straft. Doch die bürgerlich-demokratische Souveränität aufzuweichen, ohne eine bessere gesellschaftliche Synthese in Aussicht stellen zu können, führt in die Regression.

Die Stadt Freiburg verfolgt diese scheinbar naive Art unmittellbarer Menschlichkeit und internationaler Verbrüderung schon geraume Zeit besonders hemmungslos. Seit 2004 ist Freiburg Partnerstadt des iranischen Isfahan. Anfänglich sollte ein vorgeblich harmloser Austausch auf kultureller Ebene für eine gegenseitige Gewöhnung sorgen, dafür pflegte vor allem das Ensemble des kleinen *Theaters im Marienbad* einen regen Austausch mit dem Iran und gastierte dabei auch in dessen Hauptstadt Teheran. Diese für das Provinztheater große Ehre ließen sich die Kulturaustauscher nicht davon vermiesen, dass die Aufpasser der Mullahs festlegten, dass alle Schauspielerinnen verschleiert auftreten mussten, und sich erotische Berührungen auf der Bühne verboten. Die Freiburger waren von diesem »Dialog der Kulturen« so begeistert, dass man Stücke auch in Freiburg verschleiert darbot. Alles andere wäre ja inkonsequent gewesen, lautete die Begründung.

Ende 2008 lud die Freiburger Universität den ehemaligen iranischen Präsidenten Khatami zum Vortrag »Der schiitische Islam – Chancen und Probleme« ein. Protestierende Exil-Iraner bezeichneten ihn als »Mörder« und »Faschisten«, da der von der Uni als »liberal« verklärte Khatami die Ermordung zahlreicher Oppositioneller zu verantworten hatte. Sie wurden unter Applaus von iranischen Bodyguards aus dem Universitätsaal geworfen, man wollte den kulturellen und religiösen Dialog gerne ungestört führen. Während der brutalen Niederschlagung der demokratischen Proteste nach der iranischen Präsidentschaftswahl 2009 verteidigten Sprecher der Stadt die Partnerschaft dann wiederholt damit, dass es doch allein um »die Menschen« gehe.

Damit kam Freiburg fast unbehelligt durch, aber hielt sich zurück, solange der für das Dialoggesäusele zu aggressive Ahmadinedschad an der Macht war. Man organisierte neben dem Kulturaustausch noch einige Stipendien für gegenseitige Studienaufenthalte und andere kleine Kooperationen ([www.salavati.eu](http://www.salavati.eu)). Die beiden Städte bereiteten sich so langsam aber sicher auf eine stärkere Kooperation vor, auch während der Iran durch Sanktionen unter Druck stand, die ihn von seinem Atomwaffenprogramm abbringen sollten. Diese Beharrlichkeit zahlte sich aus, als schon im Oktober 2014 der Oberbürgermeister Salomon mit einer Freiburger Delegation in den Iran reiste, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Verträge des Atomabkommens gerade erst vage Gestalt annahmen. Da saßen Vertreter anderer Industrienationen noch nicht mal in den Startlöchern, um Geschäfte mit dem Iran anzuleiern. Während seines Aufenthaltes interviewte die BZ den Oberbürgermeister. Der Interviewer fragte: »War die Atomanlage bei Isfahan ein Thema?« und der OB antwortete sybillinisch: »Thema war sie nicht – die Gespräche sind zwar einerseits offen, aber es gibt doch so etwas wie eine Schere im Kopf«. Und er eierte so gelassen durch das ganze Interview, dass es eine Untertreibung wäre, seine Position als opportunistisch zu bezeichnen. Eingangs betonte er noch: »Man muss schon wissen, hier leben die Menschen in einer Diktatur«. Am Ende des Gesprächs freute er sich aber schon wieder über »Bürgerreisen« aus der Diktatur nach Freiburg.

Von Anfang an konnte kein Gedanke den »exotischen« Flirt mit den Mullahs stören. Darüber, was die grüne Vorzeige-Stadt

so zur islamischen Diktatur hinzieht, lässt sich nur spekulieren. Dem in grünen Kreisen weit verbreiteten Aberglauben an eine esoterisch-spirituelle Ordnung der Welt scheint die unmittelbar-göttliche Ordnung des Islam entgegen zu kommen. Wer an grüne Wahlversprechen wie »Jobs bei Mutter Natur« glaubt, bevorzugt offenbar, wie die Mullahs, eine Gesellschaft, in der alle ihren festen Platz bekommen. (BZ, 19.10.2014)

Anfang 2015 versammelten sich in Freiburg dann 20.000 Personen gegen Pegida zur »größten Demonstration in der Stadtgeschichte«. Die Stadt »setzte ein Zeichen« »gegen Intoleranz und Islamfeindlichkeit«, obwohl in Freiburg doch ein enormes Islamverständnis vorherrscht und kein Ableger von Pegida je in Freiburg existierte (BZ, 23.01.2015). Als Redner trat neben dem OB auch der Uni-Direktor Hans-Jochen Schiewer auf. Er schwadronierte von der Universität als einer »internationalen Gemeinschaft«, die eine »kosmopolitische Haltung« fördere, und schloss seine aus allen weltbürgerlichen Idealen zusammengeschusterte Platitüdensammlung dann mit dem Motto: »Wir sind Morgenland und Abendland zusammen«<sup>6</sup>. Salomon hat schon angekündigt, dass Schiewer beim nächsten Mal mit ihm ins Morgenland kommen soll. In die kosmopolitische Diktatur Iran, in der Abtrünnige, Homosexuelle und Ehebrecherinnen vom Tode bedroht sind; in der alleine im ersten Halbjahr 2015 unter der Herrschaft des aktuell wieder mal »moderaten« Präsidenten 700 Todesurteile vollstreckt wurden. In einen Iran, dem bekanntermaßen eine internationale Gemeinschaft vorschwebt, die dem Staat der Juden seinen Platz in der Mitte zwischen Morgenland und Abendland endgültig bestreiten möchte. Erst kürzlich hat das iranische Militär wieder eine verbesserte Rakete getestet, auf der, wie dort üblich, geschrieben steht, dass sie Israel vernichten soll. Doch auch das kann die antirassistische Dialogbereitschaft der Freiburger nicht erschüttern.

## LINKER POPULISMUS

In Freiburg haben es Antirassisten also in diesen Tagen leicht. Sobald das besondere Gewaltpotential, das der zeitgenössische Islam sowohl auf sozialer als auch politischer Ebene bereithält, in den Blick der Öffentlichkeit gerät, können sie die Debatte dominieren. Weil sie nicht über die akute Frage diskutieren wollen, wie eine liberal orientierte Gesellschaft Migranten so aufnehmen kann, dass sich Parallelgesellschaften zurückbilden statt zu wachsen, wird jeder mit einem Rassismusbefehl konfrontiert, der über Probleme mit Flüchtlingen spricht. Er spiele damit den erstarkenden Rechtspopulisten in die Hände und sei damit selbst ein geistiger Brandstifter, so die simple Denunziantenlogik. Da muss dann auch mal ein Szeneclub als Prügelknabe herhalten, wenn es der gemeinsamen Sache hilft. Auf politischer Ebene können Diskussionen über die Gefahren des politischen Islam durch Paraphrasierungen des Motivs »Weltfrieden« schon im Keim erstickt werden. Diese linke Diskurslosigkeit trägt klar populistische Züge, da die Antidiskriminierung ein weit verbreitetes Bedürfnis nach Verdrängung gesellschaftlicher Konflikte emotional bedient. Und vielleicht gerade weil in der südbadischen Provinz die Uhren etwas langsamer gehen, hat ihr Antirassismus Vorbildcharakter.

Selbst der antideutsche Generalverdacht, wie ihn Wolfgang Port und Eike Geisel in den neunziger Jahren nach der Wieder-

<sup>6</sup><http://www.pr.uni-freiburg.de/pm/2015/pm.2015-01-26.9>

vereinigung prägen, hat sich zu einem Ticket gewandelt, das einer solchen Haltung heute entgegenkommt. Alexander Nabert formulierte es in der *Jungle World* in einem Artikel gegen das Sachsen-Bashing so: »Sachsen ist die Spitze des gesamtdeutschen Eisbergs. Das Ressentiment in Sachsen ist kein anderes als im Rest von Deutschland, es tritt nur offener zutage. All die Probleme, die Sachsen macht, findet man überall in Deutschland – seien es rassistische Polizisten, wütende Mobs oder brennende Asylunterkünfte. [...] Das Problem heißt Deutschland. Und Sachsen bleibt deutsch« (*Jungle World*, 03.03.2016). Nabert kritisiert zu Recht die billige Masche, Propaganda und Gewalt gegen Migranten zu einer rein sächsischen Eigenart zu verniedlichen. Doch die aggressive deutsche Volksgemeinschaft, die sich wieder in Abwehr alles fremdrassigen zusammenrottet, ist ein linker Pappkamerad. Der Traum eines erstarkenden Großdeutschlands, der im nationalen Taumel nach der Wiedervereinigung um sich griff und im Visier antideutscher Kritik stand, ist bekanntlich zerplatzt. Die Deutschen sind lieber Export-, Fußball und Aufarbeitungsweltmeister geworden und konnten sich ohne ernstzunehmende militärische Schlagkraft zu einer dezidiert europäischen Führungsnation entwickeln. Von einem quer durch alle Lager gehenden Rechtsruck lässt sich aktuell ebenfalls nicht sprechen, die Standpunkte polarisieren sich vielmehr zwischen antidiskriminierender »Willkommenskultur« und erstarkendem Rechtspopulismus. Die AfD profitiert dabei von den offenen Fragen der Flüchtlingskrise und mag noch weitere Wahlerfolge erzielen. Dass die nächste Bundesregierung unter ihrer Beteiligung zustande kommen wird, kann man sich bei ihrem Personal jedoch schlecht vorstellen. Sie könnte sich wie so viele rechte Parteien vor ihr im Politalltag blamieren und aufreiben, da sie vor allem Selbstdarsteller anzieht, die sich gegenseitig bei der ersten Gelegenheit ausbooten. Zugleich ist sie momentan aber die einzige Partei von Gewicht, die den europäischen Einigungsprozess, dem sehr viele Deutsche skeptisch gegenüberstehen, offiziell umkehren möchte.

## IDEOLOGIE DER GLEICHHEIT

Die bundesdeutsche Regierung bevorzugt die am Beispiel Freiburgs illustrierte Ideologie einer internationalen sozialen Homogenität und bezieht sich immer weniger auf die durch die Globalisierung ranzig gewordene nationale Identität. Sie möchte aber auch nicht auf nationalökonomische Vorteile verzichten und die EU vornehmlich als Quell deutscher Prosperität zusammenhalten. Sie orientiert sich dafür wie gehabt am Europamotto »Einheit in Vielfalt«, das kaschieren soll, dass in der EU die Frage der gesamteuropäischen Souveränität seit ihrer Gründung offen geblieben ist. Sie unterstellt, dass Einheit ohne einigendes Moment möglich sei und bringt dafür zunehmend einen politisch verstandenen Kulturrelativismus in Anschlag, der selbst auf dem eigenen Territorium jede Einmischung in die verschiedenen »Kulturen« scheut. Da diesem Relativismus das im staatlichen Rahmen allgemeingültige Recht entgegensteht, soll kulturellen Differenzen durch die allgemeine Gleichstellung dann wenigstens offiziell keine soziale Bedeutung mehr zukommen. Kultur soll nur noch im Plural als buntes Spektrum einer in ihrem innersten eigentlich schon geeinten Menschheit erscheinen, die bloß darauf wartet, dass sie durch keine Diskriminierung mehr künstlich auseinanderdividiert wird.

Und die Flüchtlinge müssen als Demonstrationsobjekt für

diesen Pseudouniversalismus erhalten. Stattdessen sollten sie aber dazu angehalten werden, ihre dem westlichen Ideal freier Umgangsformen widersprechenden Gepflogenheiten insofern zu relativieren, als dass sie auf keinen Fall als Maßstab einer allgemeinen Gesetzgebung in Frage kommen. Denn dies wäre der absolute Mindeststandard; und je weiter sie sich von archaischen Vorstellungen verabschieden würden, desto besser wäre es für sie selbst. Solange in Europa nicht einmal Einigkeit über diesen Mindeststandard herrscht, ist die Aufnahme von Flüchtlingen nicht bloß eine humanitäre, sondern immer auch eine politische Frage. Und wer allen, die nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen möchten, rassistische Motive unterstellt, möchte sich vor ihr drücken.

## VERWANDLUNG DES GLEICHHEITSIDEALS

Mit der Feststellung, dass alle Menschen gleich geschaffen seien, wollte die amerikanische Unabhängigkeitserklärung das Recht und die Freiheit eines jeden begründen, nach seinem privaten Glück zu streben. Diese angeblich kreatürliche Gleichheit meinte Chancengleichheit, das gleiche Recht eines jeden auf die Möglichkeiten, die die Welt den Menschen bietet. Am Versprechen individueller Entfaltung hielt Marx fest und bemerkte aber, dass gleiches Recht für alle gerade deswegen ungerecht bleibt, weil die Menschen eben nicht alle die gleichen Voraussetzungen mitbringen und verschiedene Bedürfnisse entwickeln können. Dass deswegen bis heute die wahre soziale Gerechtigkeit ein leeres Versprechen geblieben ist, das nur dann zu verwirklichen wäre, wenn die Gesellschaft endlich die freie Entfaltung eines jeden anstreben würde, ist kein Grund, den Anspruch aufzugeben. Die Antidiskriminierer wissen davon nichts, ihnen sind bei aller moralischen Empörung letztlich alle gleichgültig, da sie keinen gesellschaftlichen oder individuellen Fortschritt mehr erwarten. Aber niemandem, und besonders nicht einem Flüchtling aus einer maroden islamisch geprägten Gesellschaft, kann man dadurch gerecht werden, dass man ihn pauschal in seinem aktuellen Sosein bestärkt, ihn damit auf eine angebliche kulturelle Identität festnagelt und jeden Konflikt durch eine imaginierte allgemeinmenschliche Gleichheit zu vertuschen sucht.